

Haushaltsrede 2024 der Grünen im Kreistag

Fraktionsvorsitzende Doris Renninger
Ludwigsburg, den 20. Dezember 2024

- Es gilt das gesprochene Wort. -

Sehr geehrter Herr Landrat,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

Der Kreishaushalt 2025 steht vor großen Herausforderungen: unzureichende Einnahmen, hohe Ausgaben. Konsolidierung ist das Gebot der Stunde. Wir müssen sparen, priorisieren und Zukunftsaufgaben klar benennen. Es gab schon leichtere Zeiten im Landkreis Ludwigsburg.

Kliniken

Insbesondere die finanzielle Situation unserer Kreiskliniken fordert uns heraus. Das Defizit hat eine bisher unbekannte Höhe erreicht. Trotzdem stehen wir als Grüne Fraktion klar dafür ein, dass die Kliniken in kommunaler Trägerschaft bleiben. Eine Privatisierung ist für uns keine Option. Bis das Krankenhausversorgungsverbesserungsgesetz (KHVVG) seine hoffentlich positiven Wirkungen entfalten wird, wird noch etwas Zeit vergehen. Mit der neuen Geschäftsführung muss jetzt ein Konzept erstellt werden, um zeitnah das Defizit zu verringern. Dabei müssen Effizienz und Wirtschaftlichkeit ebenso im Fokus stehen wie der Erhalt der flächendeckenden Gesundheitsversorgung im Kreis. Wir fordern daher ein klar kommuniziertes und transparentes Sanierungskonzept, das nachhaltig angelegt ist, ohne auf Kosten der Beschäftigten oder der Versorgungsqualität zu gehen.

Klimaschutz

Der Klimaschutz bleibt ein zentrales Anliegen. Das Kreisklimaschutzkonzept und der Kreisklimamobilitätsplan müssen ambitionierter umgesetzt werden. Klimaschutzziele sind nicht verhandelbar – Einsparungen an dieser Stelle wären kurzfristig und kontraproduktiv.

Verkehrswende und Schienenprojekte

Schienenprojekte sind der Schlüssel zur Verkehrswende. Die Reaktivierung des Schienenverkehrs stärkt den Umweltverbund und ermöglicht erst attraktive Alternativen zum Individualverkehr. Wir stehen als Grüne Fraktion zu den Planungen der Stadtbahn Kreis Ludwigsburg von Markgröningen/Schwieberdingen bis Remseck. Es darf keine weiteren Verzögerungen geben. Jedes Jahr, das wir verlieren, ist ein Jahr, in dem wir die Ziele der Klimaneutralität gefährden.

Gleiches gilt für die Bottwartalbahn, die nun endlich in die Vorplanung startet. Im dichtbesiedelten und von Autoverkehr geplagten Kreis Ludwigsburg ist ein leistungsfähiger ÖPNV keine Frage des „Ob“, sondern des „Wie schnell“.

Bildung stärken: Berufsschulen und Schule am Gröninger Weg

Der Ausbau und die Sanierung der Berufsschulen im Kreis sind für uns ein vordringliches Anliegen. Die berufliche Bildung ist ein entscheidender Faktor für die Zukunftsfähigkeit unserer Region. Die geplanten Modernisierungen und Erweiterungen müssen zügig umgesetzt werden, um den Bedarf an zeitgemäßer Berufsausbildung zu erfüllen.

Die Schule am Gröninger Weg ist ein Baustein für die Förderung von Schülerinnen und Schülern mit besonderen Bedürfnissen. Der geplante Ausbau ist notwendig, damit diese Unterstützung auch in den kommenden Jahren gewährleistet bleibt. Es ist Aufgabe des Kreises, diesen Bildungsauftrag zu sichern und die notwendigen Investitionen bereitzustellen.

Integrierte Leitstelle (ILS) und Katastrophenschutzzentrum

Die integrierte Leitstelle (ILS) in Ludwigsburg ist das Herzstück der Notfallversorgung im Landkreis. Notrufe gehen hier ein, Alarmierungen werden ausgelöst und die Rettungskette nimmt ihren Anfang – für alle Menschen, die im Landkreis Ludwigsburg in Not geraten. Die Verlegung der Leitstelle aus Ludwigsburg ist notwendig, um den wachsenden Anforderungen an Technik, Koordination und Krisenmanagement gerecht zu werden.

Der Grundsatzbeschluss des Kreistages, den Neubau der integrierten Leitstelle gemeinsam mit einem Katastrophenschutzzentrum zu planen, war richtig und zukunftsweisend. Der aktuell vorgesehene Standort auf Gemarkung Asperg, direkt vor Eglosheim und nahe der Autobahn, mag nicht ideal sein, ist jedoch derzeit die einzig vernünftige Option.

Die klimabedingten Extremwetterereignisse kommen nicht erst 2050, nein sie sind schon da. Andere Krisenszenarien – von Pandemien bis hin zu technischen Katastrophen, Angriffe auf unsere Infrastruktur – zeigen deutlich, wie wichtig ein schlagkräftiger und gut koordinierter Katastrophenschutz ist. Die Fäden laufen hier bei unserem Kreisbrandmeister Herrn Dorroch zusammen und wir möchten hiermit der ganze Blaulichtfamilie im Landkreis für ihren unermüdlichen Einsatz danken.

Als Grüne Fraktion setzen wir uns dafür ein, dass bei der Planung innovative Ansätze berücksichtigt werden – etwa die Nutzung erneuerbarer Energien, eine nachhaltige Bauweise und modernste digitale Kommunikationsinfrastruktur. Dass diese wichtige Maßnahme im Haushalt verankert ist, halten wir für richtig – sie stellt eine notwendige Investition in die Sicherheit und Krisenresilienz des gesamten Landkreises dar.

Soziales

Soziale Aufgaben dürfen trotz finanzieller Engpässe nicht vernachlässigt werden. Ein besonders dringendes Anliegen ist uns der Ausbau von Plätzen im Frauenhaus. Im Jahr 2023 wurde fast jeden Tag ein Mädchen oder eine Frau in Deutschland getötet, so der aktuelle Bericht des Bundeskriminalamts (BKA). Die Gewalt gegen Frauen ist ein wachsendes Problem, die Zahlen steigen sowohl bei häuslicher Gewalt wie bei politisch motivierter Hasskriminalität.

Es ist unerlässlich, dass Mädchen und Frauen Zugang zu Schutz und Beratung erhalten. Im Landkreis Ludwigsburg stehen lediglich 19 Plätze zur Verfügung. Gemäß den Vorgaben der Istanbul-Konvention sollten es jedoch mindestens 55 Plätze für Frauen und Kinder sein.

Für das Jahr 2025 stellt das Land Baden-Württemberg weitere Fördermittel für den Ausbau von Frauenhausplätzen bereit. Da die entsprechenden Anträge bis Ende März 2025 eingereicht werden müssen, ist es dringend erforderlich, bis dahin ein Konzept vorzulegen, um den Schutzbedarf von Frauen angemessen zu erfüllen. Die Nachfrage ist ungebrochen hoch, und Frauen, die Schutz suchen, dürfen nicht abgewiesen werden. Der Verein Frauen für Frauen hat ein entsprechendes Projekt erarbeitet und wir erwarten, dass der Landeszuschuss hierfür gesichert wird.

Ein weiteres Beispiel bei dem nicht gespart werden darf, ist der Zuschuss für die Durchführung von „Energiespar-Checks“, ein Programm, welches von der Ludwigsburger Energie-Agentur (LEA) durchgeführt wird. Mit dem Stromspar-Check können einkommensschwache Haushalte durch Beratung und Ausgabe von Soforthilfen vor zunehmender Energiearmut geschützt werden. Die vom Jobcenter geförderten und von der LEA ausgebildeten Stromsparhelfer durchlaufen dabei ein umfassendes Qualifizierungsprogramm, das sie für eine Beschäftigung im ersten Arbeitsmarkt vorbereitet. Wir halten diesen Ansatz für sinnvoll und werden deshalb dem angekündigten Antrag von LuV zustimmen.

Personalsituation

Eine angemessene Personalausstattung im Landratsamt ist essenziell, um die Aufgaben des Kreises zu erfüllen. Zunehmende Überlastungsanzeigen verdeutlichen, wie kritisch die Lage teilweise ist. Befristete Verträge sind keine nachhaltige Lösung. Wir erwarten eine sorgfältige Abwägung zwischen Konsolidierungsdruck und Aufgabenerfüllung.

Den zusätzlichen Stellen im Stellenplan, die für die Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes (BTHG) notwendig sind, stimmen wir zu. Da aber bei der Vorstellung der Kürzungen von vorgesehenen Personalstellen in anderen Bereichen im Verwaltungsausschuss uns eine klare Linie gefehlt hat, haben wir den vorliegenden Stellenplan abgelehnt. Deshalb werden wir diesen Punkt auch jetzt ablehnen.

Konnexitätsprinzip stärken

Auch für den Kreishaushalt gilt das **Konnexitätsprinzip**, das dringend gestärkt werden muss. Aufgabenübertragungen durch Bund und Land belasten den Kreis, wenn sie nicht ausreichend finanziert werden.

Wir fordern, dass der Kreis hier konsequent politische Initiativen ergreift und gemeinsam mit anderen Landkreisen dafür eintritt, dass die Finanzierung von übertragenen Aufgaben klar geregelt und angemessen ausgestattet wird. Der Kreishaushalt darf nicht dauerhaft durch unzureichende Mittel aus Bund und Land belastet werden, was letztlich auch die Städte und Gemeinden im Kreis über die Kreisumlage stark unter Druck setzt. Wir wissen, dass der finanzielle Spielraum des Kreises begrenzt ist, aber die Belastbarkeit der Städte und Gemeinden hat ebenfalls Grenzen. Es darf nicht sein, dass die Kommunen durch die Kreisumlage an ihrer eigenen Handlungsfähigkeit gehindert werden. Gleichzeitig dürfen wir nicht den Fehler machen, den Kreishaushalt durch wiederholte Kreditaufnahmen künstlich zu entlasten, um die Kreisumlage niedrig zu halten. Das entspricht auch keiner nachhaltigen Haushaltsführung.

Ebenso muss sich die Landkreisverwaltung auf einen Weg machen, die Abläufe in ihrem Verwaltungsgebäude kritisch zu prüfen. Gute Ergebnisse erhoffen wir uns in Zusammenarbeit mit der Arbeitsgruppe der Haushaltskommission.

Fazit

Die Lage ist schwierig. Wir müssen sparen und wir müssen ehrlich sein. Wir haben kurz skizziert wo wir die Prioritäten für das kommende Jahr sehen. Der Blick auf wichtige Zukunftsaufgaben muss die Konsolidierung der nächsten Jahre begleiten.

Wir erkennen die Arbeit der Verwaltung und insbesondere die der Finanzdezernentin Frau Beck und ihrem Team an, denen wir für ihren Einsatz ausdrücklich danken möchten. Nach intensiven Beratungen stimmen wir dem Haushalt zu – er ist die Grundlage für die Entwicklung unseres Kreises.